

## Verbunden mit der Initiative Minderheiten

**W**ir haben Weggefährter:innen der **Initiative Minderheiten** nach den wichtigsten (minderheiten-)politischen Errungenschaften der vergangenen 30 Jahre gefragt. Verraten haben sie uns auch, was sie heute politisch am meisten beschäftigt – mit jeweils einem Foto aus unserem Gründungsjahr 1991.

**I**n den vergangenen 15 bis 20 Jahren ist, bei allen Mängeln in der Umsetzung, im Bereich des gesetzlichen Diskriminierungsschutzes doch einiges vorangegangen – als Ergebnis minderheitenpolitischen Engagements, aber auch unter dem in dieser Hinsicht zivilisatorischen Einfluss der EU-Mitgliedschaft. Ich denke etwa an das Behindertengleichstellungspaket, die gesetzliche Anerkennung der Gebärdensprache, die relative Entkoppelung von Staatsbürgerschaft und Zugang zum kommunalen Wohnbau oder den EU-Rahmen für Roma-Inklusion. In meinem eigenen Arbeitsfeld denke ich an die (allzu späte) Anerkennung Homosexueller als NS-Opfer 2005, zwei Jahre nach der – apropos spät – Entkriminalisierung männlicher Homosexualität. In jüngerer Vergangenheit an die sogenannte „Ehe für alle“, das dritte Geschlecht und die Black-Lives-Matter-Bewegung, die die Situation sichtbarer Minderheiten nachdrücklich auf die Agenda gesetzt hat.

Heute beschäftigen mich die vielfältigen Krisenerscheinungen, mit denen wir konfrontiert sind, und die auf Abwertung und Ausgrenzungen basierenden Antworten der politischen Rechten darauf. Und der Erfolg, den sie damit hat.

**D**a ich mit Sprache(n) beruflich beschäftigt bin, fallen mir zu den Errungenschaften der vergangenen Jahre gleich auch die Rückschritte ein oder eben die Tatsache, dass es kein Ruhemoment gibt, dass die Errungenschaften weiter umkämpft sind. Da geht's zum Teil auch um die Anerkennung von sprachlichen Rechten der nicht-autochthonen Minderheiten, also nochmal schwieriger (z. B. muttersprachlicher Unterricht an Schulen).

Was mich heute intensiv beschäftigt, deckt sich „minderheitenpolitisch“ ein bisschen mit der Frage nach den Errungenschaften: Mich beschäftigen Fragen der Anerkennung von Sprache(n), deren Legitimation, die Frage, wer welche Sprache(n) in welchen Kontexten verwenden darf/muss oder lernen darf/muss (oder eben nicht) etc. Und allgemein politisch das Thema Flucht.

**D**ie Abschaffung des Paragraphen 209 des Strafgesetzbuchs, der Beziehungen zwischen erwachsenen und unter 18-jährigen Männern kriminalisiert hat, ist sicher ein ganz wichtiger Meilenstein. Genauso die Öffnung der Ehe, endlich auch für homosexuelle Paare. In die letzten 30 Jahre fallen leider auch die (Briefbomben-)Attentate des rechtsextremen Terroristen Franz Fuchs, die die Ermordung von vier Österreicher:innen aus Roma-Familien bedeuteten. Daraufhin wurden Roma und Sinti endlich als Minderheit rechtlich anerkannt. Aber die gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung in Schule, Alltag und Berufsleben bestehen leider weiter.

Heute beschäftigen mich vor allem die Fragen, wie wir die Vision einer Welt, in der die Menschenwürde für alle gilt, herunterbrechen, trotz aller Widrigkeiten im Alltag leben und mehr Mitkämpfer:innen dafür gewinnen können; wie man die Vorherrschaft der Ellbogengesellschaft und des „Jede\*r für sich“ brechen kann; wie wichtig Sprache und Deutung von Zuständen und Verhältnissen dabei sind und viele damit zusammenhängende Fragen mehr.



Eine minderheitenpolitisch bedeutende Errungenschaft war zum Beispiel die Aufhebung des sogenannten Werbe- und Vereinsverbots für LGBTIQ-Organisationen, das bis 1997 gegolten hat – in der Praxis konnten diese zwar tätig sein, sollten jedoch kein „öffentliches Ärgernis“ darstellen. Und auch die Abschaffung des Paragrafen 209, an dem Österreich sehr lange, bis 2002, festgehalten hat. § 209 sah für gleichgeschlechtliche Beziehungen unter Männern ein Schutzalter von 18 Jahren vor und kriminalisierte Schwule. Ohne die Beseitigung dieser Gesetze wären die gleichgeschlechtliche Ehe und die Adoption für Lesben und Schwule nicht möglich geworden – auch wenn ich der Institution Ehe und der Ideologie der Kernfamilie kritisch gegenüberstehe.

Trotzdem gibt es noch hinreichend viele Baustellen. Rassistische Gesetzgebung und „legale Diskriminierung“ grenzen Neuangekommene wie Hiergeborene aus: Menschen, die um Asyl ansuchen, dürfen nicht arbeiten, für jene, die hier geboren wurden, gibt es kein Recht auf die österreichische Staatsbürger\*innenschaft. Mittlerweile ist es fast sechzig Jahre her, dass die ersten „Gastarbeiter\*innen“ hierhergekommen sind. Trotzdem spielt die Geschichte dieser Migrant\*innen in der offiziellen österreichischen Geschichtsschreibung kaum eine Rolle – die Perspektiven von Migrant\*innen und ihren Nachkommen auf Migration kommen somit nicht vor. Diese fehlende Anerkennung und das Unsichtbarmachen der Geschichte der Migration entspricht auch dem fehlenden Selbstverständnis Österreichs als einer Einwanderungsgesellschaft. ★



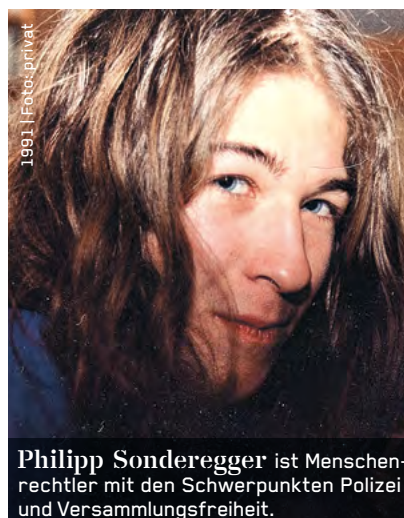
1990er Jahre | Foto: privat

Vina Yun ist freie Journalistin und Autorin in Wien.

1991: Boris Jeltsin spricht auf einem Panzer, Saddam Hussein provoziert den Zweiten Golfkrieg und der blutige Zerfall von Jugoslawien beginnt. Innenpolitisch stolpert Jörg Haider mit der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ und Franz Vranitzky gesteht die Mitschuld Österreichs an den Nazi-Verbrechen ein. Die 1990er in Vorarlberg hatten etwas Abseitiges. Eine Insel in der Insel, verbunden mit der Welt über Mittagsjournal und Standard.

Unter die wichtigsten minderheitenpolitischen Errungenschaften der vergangenen 30 Jahre fallen für mich die Wiener Erklärung mit Aktionsprogramm von 1993 („Alle Menschenrechte für alle“), die Antirassismus- und Beschäftigungsrichtlinie der EU und in Österreich buntere Redaktionen. Persönlich die Einsicht, wie effektiv das Zuhören ist.

Und heute beschäftigt mich das Organisieren von Freiheit und Gleichheit und Solidarität in einer globalisierten Welt. Von der Standortpolitik zum Eingeständnis, dass die Erde rund ist. ★



1991 | Foto: privat

Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler mit den Schwerpunkten Polizei und Versammlungsfreiheit.

Die frühen 1990er Jahre waren von einer gewissen Aufbruchsstimmung geprägt. Jörg Haider hat zwar ein „Ausländervolksbegehren“ initiiert, aber 300.000 Menschen sind dagegen auf die Straße gegangen. Die Gesellschaftsfähigkeit von „Ausländerbeschimpfung“ begann abzunehmen und „Integration“ bedeutete damals die Schaffung von gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein gelungenes Miteinander. Die NGOs konnten etwas bewegen.

In dieser Zeit gelangen teilweise bis heute wirksame Weichenstellungen: Die Roma wurden als Volksgruppe anerkannt, eine Staatszielbestimmung zur Anerkennung von kultureller Vielfalt wurde beschlossen, das Burgenland bekam zweisprachige Ortstafeln und es wurde ein Staatssekretariat geschaffen – leider nicht für Minderheiten, wie wir gefordert haben, sondern für Integration. Heute gibt es mehr Bewusstsein für Genderfragen und die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist festgeschrieben.

Es hat aber in diesen 30 Jahren auch Rückschritte gegeben. Schwarz-blaue Regierungen hinterließen in der Minderheitenpolitik viel verbrannte Erde. Das gesellschaftspolitische Szenario rund um die sogenannte „Flüchtlingskrise“ 2015 hat die früher ausländerfeindlichen, nunmehr islamophoben Tendenzen aufleben lassen. Die Frauenpolitik hat nach Dohnal wesentliche Rückschläge erfahren. Die Pandemie verstärkt gesellschaftliche Gegensätze, die Vertie- rer:innen sind einmal mehr marginalisierte Gruppen und Frauen. ★



1991 | Foto: privat

Ursula Hemetek, Wittgensteinpreisträgerin, Leiterin des Instituts für Volksmusikforschung & Ethnomusikologie, Gründerin des Music & Minorities Research Center, ist Mitbegründerin und war langjährige Obfrau der IM.